



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

EZB-Präsident Draghi im Europaausschuss

Unionsabgeordnete forderten Strategie für behutsamen Zinsanstieg

Am Mittwoch besuchte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, den Europaausschuss des Bundestages. Es war nach 2012 bereits das zweite Mal, dass er sich in Berlin den Fragen der Abgeordneten stellte. In der Zwischenzeit waren Mitglieder des Europaausschusses bereits mehrfach am Sitz der EZB in Frankfurt, um dort mit Präsident Draghi und weiteren Präsidiumsmitgliedern über die Politik der EZB zu diskutieren.

Auffallend an der Sitzung, an der auch Abgeordnete aus dem Finanz- und dem Haushaltsausschuss teilnahmen, war das überaus große Interesse von Abgeordneten aus der Unionsfraktion. SPD, Linke und Grüne waren deutlich geringer vertreten.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Geldpolitik der EZB und natürlich vor allem die aktuell niedrigen Zinsen. Mehrere Redner der Union wiesen darauf hin, dass Niedrigzinsen zwar ein probates Mittel für kurzfristige Konjunkturimpulse seien, dauerhaft niedrige Zinsen jedoch zu erheblichen Verwerfungen bei der langfristigen Altersvorsorge führen. Daher forderten sie die EZB auf, eine klare Strategie für einen behutsamen Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik zu entwickeln. Zugleich wurde aber auch gewürdigt, dass die niedrigen Zinsen in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg des privaten Konsums geführt haben und getreu dem Motto „Des Spares Leid ist des Häuslebauers Freud“ insbesondere junge Familien derzeit von den günstigen Immobilienfinanzierungen profitieren. Aber auch für Unternehmen sind derzeit Investitionen sehr günstig finanzierbar. Bei der Diskussion über die niedrigen Zinsen muss zudem berücksichtigt werden, dass derzeit auch die Inflation historisch niedrig ist. 2015 betrug die Inflationsrate 0,3% und auch im laufenden

Jahr lag sie bis August kontinuierlich unter 0,5%. Was nützten Zinsen von 4%, wenn zugleich die Inflation 6% beträgt, wie es beispielsweise zu Zeiten von Helmut Schmidt Realität war.

Wir waren uns mit Mario Draghi völlig einig, dass die von der Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten Südeuropas die Atempause, die ihnen durch die EZB-Politik verschafft wurde, für energische Strukturreformen nutzen müssen. Nur so können diese Staaten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder verbessern und ihre Wirtschaft auf neue Füße stellen. Hier forderten wir die EZB auf, ihren Druck auf die betroffenen Länder noch deutlich zu erhöhen.

Das Medieninteresse an dem Besuch des EZB-Präsidenten war auffallend hoch, alle wichtigen deutschen Tageszeitungen berichteten von unserem Gespräch. Am Tag nach dem Besuch sprach ich mit dem Inforadio des Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) über Verlauf und Atmosphäre der Sitzung, hier kann das Interview nachgehört werden: <http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201609/29/61014.html> ■



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Beratungen über Flexi-Rente haben begonnen

An diesem Donnerstag beriet der Bundestag in erster Lesung über einen von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand, die sog. „Flexi-Rente“. So wie sich die Arbeitswelt und die Beschäftigungsformen wandeln, müssen wir auch das Rentensystem schrittweise an diese Entwicklungen anpassen. Die Flexi-Rente wird individuellen Lebensentwürfen gerecht und hält mit der veränderten Arbeitswelt Schritt.

Die Bevölkerungsstärke der 55- bis unter 65-Jährigen hat in den vergangenen Jahren zugenommen und wird auch in den nächsten zehn Jahren weiter wachsen. Die Menschen werden immer gesünder und älter. Daher wundert es nicht, dass viele Menschen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus weiter am Berufsleben teilnehmen wollen. Der nun zur Beratung stehende Gesetzentwurf setzt die Ergebnisse einer Koalitionsarbeitsgruppe um, die auf Betreiben der Union hin eingerichtet worden war.

Zum einen wird die Teilrente, die ab 63 Jahren beantragt werden kann, durch neue und einfachere Hinzuerdienstmöglichkeiten attraktiver. Damit kann die Arbeitsbelastung in den Jahren vor der Rente abgesenkt werden, ohne sofort ganz aus dem Berufsleben aussteigen zu müssen. Zum anderen soll für Interessierte auch das längere Arbeiten im Alter interessanter werden. Dazu werden künftig die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung nach Überschreiten der bisherigen Altersgrenze rentenrechtliche Vorteile für die Beschäftigten bringen, wenn sie auch selbst ihren Beitrag leisten. Bislang mussten nur die Arbeitgeber Beiträge abführen, diese führten aber nicht zu einem höheren Rentenanspruch und sind verfallen. Die Neuregelung wird daher helfen, künftige Altersarmut zu verhindern. Für Arbeitgeber wird eine längere Beschäftigung ebenfalls attraktiver, weil ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung künftig entfallen. Dies macht Sinn, weil Beschäftigte, die über die Renteneintrittsgrenze hinaus arbeiten, keine Leistungsansprüche haben.

Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung wird in Zukunft gezielt darüber informiert werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt und wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leistungen auswirkt. ■

Unterstützung für Bauern

Viele Bauernfamilien in Deutschland kämpfen aktuell um ihre Existenz, da die Preise für Milch, Fleisch, Obst und Getreide eingebrochen sind. Die Bundesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein zweites EU-Hilfspaket über 500 Mio. Euro geschnürt wurde. Seit Mitte September fließen z.B. 150 Mio. Euro an Milchzeuger, die ihre Produktion drosseln. Für jeden Liter Milch, den sie im Vergleich zum Vorjahr weniger produzieren, erhalten sie 14 Cent Beihilfe. Das soll helfen, die Milchmenge zu reduzieren und die Preise zu stabilisieren. Die übrigen 350 Mio. gehen an die EU-Staaten, auf Deutschland entfallen 58 Mio. Euro, die von der Bundesregierung auf 116 Mio. Euro verdoppelt wurden. ■

Kompromiss zur Erbschaftssteuer beschlossen

Nachdem sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat in der letzten Woche auf einen Kompromiss bei der Erbschaftssteuer einigte, wurde der Einigungsvorschlag am Donnerstag im Bundestag angenommen. Zwar konnte sich die Union dabei nicht in allen Punkten durchsetzen, aber Steuererhöhungspläne von Grünen und Linken sind erfolgreich verhindert worden. Wir haben unser Kernziel erreicht: Unternehmen werden durch die Erbschaftssteuer nicht in ihrem Bestand gefährdet und so sichern wir Arbeitsplätze. ■

Verschärfung des Vereinsgesetzes

Vereinigungen wie kriminelle Rockergruppierungen könnten einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität, etwa Menschenhandel und Drogengeschäfte, bieten. In Reaktion auf Urteile des Bundesgerichtshofs hat der Bundestag in dieser Woche eine Änderung des Vereinsrechts beschlossen, das insbesondere das Tragen der sog. „Rocker-Kutten“ einschränkt. Die maßgeblich von der Unionsfraktion betriebene Reform zeigt, dass CDU und CSU in allen Bereichen der inneren Sicherheit die treibende Kraft in der Koalition sind. ■

Zahl der Baugenehmigungen für Wohnraum steigt

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist von Januar bis Juli 2016 so stark angestiegen wie seit 16 Jahren nicht mehr. Mit 213.600 Wohnungen wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 26,1 % mehr Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Besonders stark stieg die Zahl der Neugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit mehr als zwei Wohneinheiten, hier konnte eine Zunahme von 26,7 % zum Vorjahreszeitraum verzeichnet werden. ■